

# Aufsätze und Hintergrundberichte

---

*Nermin Abadan-Unat*

## Die politischen Auswirkungen der türkischen Migration im In- und Ausland

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und in verstärktem Masse ab Mitte der 50er Jahre begann sich die sogenannte Nord-Süd-Achse der Aussenwanderung herauszubilden. Die expansiven Volkswirtschaften der hochindustrialisierten europäischen Länder stützten sich zunehmend auf die „Reservearmeen“ der Mittelmeerländer, deren chronische strukturelle Arbeitslosigkeit und hohe Geburtenraten den „Export überschüssiger Arbeitskräfte“ ermöglichten.

In den Industriestaaten waren die Arbeiter nicht mehr gewillt, gewisse Tätigkeiten, die nach der vorherrschenden Meinung in der „Überflusgesellschaft“ als unwürdig galten, auszuführen. Um dem Bedürfnis der nationalen Arbeiterklasse nach sozialer Mobilität Rechnung zu tragen, wurden Tausende von frei werdenden niedrig bezahlten Arbeitsplätzen für ungelernete Arbeiter durch ausländische Arbeitskräfte aus den europäischen Randgebieten, besetzt, wodurch eine „asymmetrische Beziehung“ (J. Galtung) geschaffen wurde. Im Jahre 1971 waren 7 1/2 Millionen ausländische Arbeitnehmer aus den Mittelmeerländern und Nordafrika in Mittel- und Nordeuropa tätig.

Gleichzeitig entwickelte sich diese bedeutende Bevölkerungsverschiebung zu einem wesentlichen Element zwischenstaatlicher Beziehungen. Die grosse Wanderungsbewegung wurde sowohl von den Herkunfts- als auch von den Aufnahmeländern unterstützt, da einerseits die dringend benötigten gelerten und ungelerten Arbeitskräfte bereitgestellt wurden und andererseits das Problem der drückenden Arbeitslosigkeit gemildert und das Zahlungsbilanzdefizit verringert werden konnten.

In diesem Zusammenhang muss auf einen ganz wichtigen Punkt hingewiesen werden: Was in den 50er Jahren wie ein vorübergehender Arbeitskräftemangel aussah, erwies sich in der Folgezeit als ein permanentes Erscheinungsbild der hochentwickelten Volkswirtschaften. Trotz wiederholter öffentlicher Erklärungen, dass der Import von ausländischen Arbeitskräften nur als vorübergehende Massnahme zu betrachten sei, blieb der Wanderungsstrom bis zu seinem plötzlichen Ende im Jahre 1973 ungebrochen.

Wie Suzanne Paine richtig hervorgehoben hat, begegnet man dem Dauermigranten, d.h. dem Arbeiter, der mit seiner Familie sein Heimatland für immer verlässt, in Wirklichkeit recht selten, es sei denn, dass Einwanderungsbeschränkungen oder politische Faktoren ihn zum endgültigen Verbleiben im Ausland bewegen. Von solchen Beschränkungsmassnahmen abgesehen sind

die meisten Abwanderer halbpermanente Migranten. Sie haben sich zeitlich nicht festgelegt.<sup>1</sup>

Einzelne unkontrollierte internationale Wanderungen sind für die Länder in Europa jedoch nicht mehr länger tragbar. Sogar schon vor dem Ausbruch der Energiekrise im Jahre 1973 wurden z.B. in der Bundesrepublik Deutschland angesichts der Überlastung der sozialen Infrastruktur von den verantwortlichen Stellen Massnahmen zur Beschränkung der Migration getroffen, während gleichzeitig die Einwanderungspolitik auf eine völlig neue Grundlage gestellt wurde. Das ursprüngliche „Rotations“-Prinzip wandelte sich zum „Integrations“-Prinzip.<sup>2</sup>

Gegenwärtig ist die Migration ein wesentlicher Faktor zwischenstaatlicher Beziehungen. Seit dem plötzlichen Verzicht auf die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte hat sich ein bedeutungsvoller Wandel in der Mentalität der Migranten vollzogen. Die Arbeiter, die für eine Beschäftigung im Ausland in Frage kamen, mussten sich jetzt eindeutig entscheiden, ob sie im Ausland bleiben oder in ihr Heimatland zurückkehren wollten. Angesichts der unverändert hohen Arbeitslosenrate betrachten viele eine endgültige Rückkehr mit Skepsis. Selbst wenn sie es nicht wünschen – die Entscheidung ist gefallen: Sie sind gezwungen, mindestens bis zum Rentenalter zu bleiben. Zweifellos führte diese Art von Entscheidung auch zu einem Wandel der Zielsetzungen und Intentionen. Sie trug u.a. auch zu einer geänderten Einstellung gegenüber politischen Fragen – im In-land und Ausland – bei, sie schuf eine andere Art von politischem Bewusstsein, politischer Aktivität und politischem Verhalten. Politische Entscheidungen, langfristige Planung, Regierungsabkommen – kurz: alle politischen Aktionen und Massnahmen beeinflussen die Strukturen und die Menschen, die in diesen Strukturen leben.

Solange die grosse Gemeinschaft des „zwölften Staates“ Europas nicht vor der endgültigen Alternative stand, sich zu integrieren oder für immer in das Heimatland zurückzukehren, führten das vorhandene unzulängliche politische Informationssystem und der Mangel an politischer Betätigung zu einem hohen Grad politischer Enthaltbarkeit dieser Gruppe. Wie so treffend in dem „Siebenten Mann“ gesagt, sind sich die meisten Gastarbeiter ihrer Ausbeutung politisch nicht bewusst. Ihre Denkweise ist traditionsgebunden – entweder katholisch oder muslimisch –, ihre Erwartungen und ihr Humanismus richten sich auf persönliche und familiäre Ziele.<sup>3</sup> Ihr politisches Engagement ist an einer Führungskraft orientiert und emotionell. Entscheidende Problemkreise werden nicht rational genug erfasst.

Diese Verhaltensweisen haben sich mit der Zeit jedoch geändert, zum einen, weil die Gastarbeiter durch die Verlängerung ihres Aufenthaltes mit einer Reihe von Institutionen und sozialen Dienstleistungen bekannt wurden, und zum anderen, weil sich neue Formen der politischen Beziehungen und Verbindungen zwischen dem Heimatland und den verschiedenen nationalen Mi-

- 
- 1) PAINE, Suzanne, *Exporting Workers, the Turkish Case*, Cambridge University Press, 1974, S. 42, ebenso  
ABADAN-UNAT, Nermin, Migration as an Obstacle to Re-integration in Industry, the Turkish Case, *Turkish Public Administration Annual*, Bd. 3, 1976, S. 197  
AKER, Ahmet, *İççi Göçü*, Istanbul, Sander Yayinevi, 1972, S. 61
  - 2) WEBER, Rolf, Rotationsprinzip bei der Beschäftigung von Ausländern, *Auslandskurier*, Heft 5, Okt. 1970, S. 10
  - 3) BERGER, John u. MOHR, Jean, *A Seventh Man*, Penguin Books, 1975, S. 144

grantengruppen ausbildeten. Diese Veränderungen haben zahlreiche neue Formen des politischen Bewusstseins hervorgerufen oder besser gesagt, bekannte politische Verhaltensweisen haben ihr Aktionsfeld erweitert.

Das Ziel dieser Arbeit ist die Darstellung der direkten und indirekten Auswirkungen der asymmetrischen Beziehungen anhand einiger Aspekte der türkischen Auswanderung als Fallstudie. Die strukturelle Interpedenz zwischen Migration und Politik soll unter folgenden Überschriften untersucht werden:

- Die Bedeutung der nationalen Migrationspolitik und der ländlich/städtischen sozioökonomischen Strukturen;
- Die Phasen der Verbandsaktivitäten von Arbeitern und deren Auswirkungen auf die Politisierung;
- Die Entstehung neuer Politikertypen und deren Rolle in der Kommunalpolitik.

### *1. Nationale Migrationspolitik und ländlich/städtische sozioökonomische Strukturen*

Gegenüber früheren Massenwanderungen hebt sich die gegenwärtige Welle (seit den 50er Jahren) dadurch hervor, dass sie überwiegend von staatlichen Behörden durchgeführt wurde. Zu den verschiedenen staatlichen Stellen in der Türkei, die an diesem Vorgang beteiligt waren, zählen die Staatliche Planungsorganisation, die Ministerien für Arbeit, ländliche Angelegenheiten, Gesundheit, Erziehung, Auswärtige Angelegenheiten, Sitten und Bräuche und Industrie. Der Arbeitskräfteüberschuss wurde als eine Art Ware betrachtet, fertig für den Export. Er sollte als Instrument zur Verminderung des Bevölkerungsdrucks und als Möglichkeit der Ausbildung am Arbeitsplatz für eine befristete Zeit eingesetzt werden. Ausserdem wurden langfristige Massnahmen zur Förderung einer Art von „Beteiligungs“-Unternehmen getroffen, ohne dass jedoch detaillierte Pläne für deren Realisierung ausgearbeitet wurden. Das Ministerium für ländliche Angelegenheiten, das darauf bedacht war, zusätzliche Mittel für die Durchführung von ländlichen Entwicklungsprojekten mittlerer Grösse zu erhalten, setzte grosse Hoffnungen in die sogenannten „dörflichen Entwicklungsgenossenschaften“. Sowohl inländische als auch ausländische staatliche und private Institutionen, die an einer Kanalisierung der Gastarbeiterersparnisse in produktive Sektoren interessiert waren, bemühten sich um eine Förderung der „Arbeiter-Unternehmen“

Die „dörflichen Entwicklungsgenossenschaften“ waren mit dem Ziel gegründet worden, den an einer auswärtigen Tätigkeit interessierten Dorfbewohnern unter Umgehung der extrem langen Wartelisten zu helfen. Im Falle einer vorliegenden Arbeitsplatzzuweisung und eines Arbeitsvertrages, die von den im ganzen Land verteilten Arbeitsämtern ausgestellt werden, verleiht die Zugehörigkeit zu einer dörflichen Entwicklungsgenossenschaft den Mitgliedern den Status eines ländlichen Unternehmers, wodurch eine Eintragung in die allgemeine Warteliste entfiel. Ein Planungsprojekt zur Entwicklung von Gemeinschaftsunternehmen diente dazu, die Auswanderung zu erleichtern.

Zu Beginn, im Jahre 1963, wurde als einzige Bedingung für die offizielle Anerkennung solcher Genossenschaften die Übersendung eines Mitgliedsbeitrags aus dem Ausland gefordert; die Verpflichtung wurde jedoch selten eingehalten. Später wurden die Forderung spezifiziert und Durchführbarkeitsstudien für Projekte verlangt. Obwohl grosse Erwartungen an die Auswahl von Projekten durch die Behörden für die ländliche Entwicklung geknüpft wurden,

sind die Ergebnisse dieses Experiments nicht allzu vielversprechend. In den Jahren 1965 bis 1973 waren ca. 10 000 Genossenschaften in fast allen türkischen Provinzen registriert, aber nur 740 genehmigte Projekte.<sup>4</sup>

Dieses Experiment hat gezeigt, dass starker politischer Druck seitens der Wähler, Politiker und deren Anhängerschaft eher dazu beitrug, dass potentielle Genossenschaftsmitglieder – da sie mehr Beratung und technische Hilfeleistung durch die Behörden erhielten – abwanderten, als dass die ländliche Entwicklung beschleunigt wurde. Solange die landesweite Genossenschaftsbewegung nicht in die richtigen Bahnen gelenkt wird, wird das Programm zur Entwicklung von Gemeinschaftsprojekten nur eine Erhöhung der Mobilität des einzelnen bewirken.<sup>5</sup>

Ähnliche Beobachtungen können bei der Förderung von Arbeiter-Unternehmen und Gemeinschaftsbetrieben mit Beteiligung von Arbeitnehmern gemacht werden. Obwohl die türkische und auch die deutsche Regierung dieses Programm voll unterstützten, um die Wiedereingliederung der heimkehrenden Arbeiter zu institutionalisieren, haben verschiedene Formen von Arbeiter-Unternehmen bisher nur sporadische Auswirkungen auf die sozioökonomische Struktur einzelner Regionen gezeigt. Wie aus der gründlichen und ausführlichen Boğazliyan-Analyse<sup>6</sup> der Situation auf nationaler und regionaler Ebene hervorgeht, hat die Migration wohl nicht direkt zu einem ausgewogenen Wirtschaftswachstum beigetragen. Vielmehr haben sich Arbeit und Kapital von bestimmten Regionen auf andere verlagert. Die Ansammlung von Geld in mehreren industriellen Wachstumszentren, vor allem in der Westtürkei, hat auch die Konzentration von Arbeitskräften zur Folge gehabt, deren Hoffnungen bisher aber nicht erfüllt wurden.

Da die rückkehrenden Gastarbeiter vornehmlich im tertiären Sektor aktiv wurden oder Land kauften, ist es leicht verständlich, dass die Verwendung der Gastarbeiterersparnisse und die Lenkung ihrer Investitionspläne bis heute eine der am heftigsten diskutierten Fragen bei führenden türkischen Geschäftsleuten, Arbeitgeberverbänden, Industrie- und Handelskammern, Gewerkschaften und Arbeitnehmervereinigungen im In- und Ausland blieb. Die Forderungen nach einer leistungsfähigen Geschäftsführung der Arbeiter-Investitionsbank, nach staatlichen Bürgschaften für Arbeiter-Unternehmen und nach Kreditausweitung für neugegründete Industriebetriebe sind nach wie vor ständige Themen auf allen politischen Diskussionen über die türkischen Entwicklungsvorhaben. In jedem Regierungsprogramm sind attraktive Spar- und Investitionspläne für im Ausland bleibende Arbeiter enthalten. In Ländern mit hoher Auswanderungsrate sind die In- und Output-Leistungen im Zusammenhang mit der Migration zu einer Quelle ständiger politischer Auseinandersetzungen geworden.

Angesichts ihrer geringen politischen Betätigung in den Gastländern wäre es wenig realistisch, von den Gastarbeitern Initiativen für Innovationen oder

---

4) ABADAN-UNAT, Nermin et al. (Ed.), *Turkish Workers in Europe, 1960–1975*, Leiden E.J. Brill, 1976, S. 28

5) ABADAN-UNAT, Nermin, *Turkish External Migration and Social Mobility*, in Peter BENEDICT, Erol TUMERTEKIN, Fatma MANSUR, (Eds.), *Turkey: Geographic and Social Perspectives*, Leiden, E. J. Brill 1974, S. 397

6) PENNING, R., van VELZEN, L., *The Economic Effects of Migration in Boğazliyan District*, in N. ABADAN-UNAT et al., *Migration and Development*, Nuffic – Imwo – SBF Publication, Ankara, Ajanstürk, 1975, S. 195

eine umfassende Industrialisierungspolitik zu erwarten. Der soziale Wandel, wenn er herbeigeführt werden soll, erfordert neue Strukturen und politische Programme, die neue Strukturen entwickeln. Andernfalls würde die einzige bemerkenswerte strukturelle Veränderung auf die Entstehung einer neuen selbstbewussten Schicht, die Ex-Arbeiter und gegenwärtigen Angehörigen der Mittelklasse, beschränkt bleiben.

## 2. Verbandsaktivitäten und Politisierung der Gastarbeiter

### 2.1. Nichtpolitische Aspekte

Die politische Sozialisierung ist ein Prozess, durch den sich Individuen und Gruppen politische Werte, Rollen und Denkweisen zu eigen machen. Die wichtigsten Sozialisierungsträger in diesem Prozess sind neben der Familie gleichgestellte Gruppen wie soziale und politische Vereinigungen. Bevor die türkischen Gastarbeiter in einigen europäischen Ländern das Recht erhielten, sich an Kommunalwahlen zu beteiligen, war in fast allen Aufnahmeländern ein relativ stets und rasches Wachstum der türkischen Arbeitervereinigungen zu beobachten. Da sich das grösste Kontingent türkischer Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland befindet, beziehen sich die statistischen Angaben insbesondere auf dieses Land.

Wie aus der Tabelle zu ersehen ist, nahmen die Verbandsaktivitäten der türkischen Arbeiter schon früh ihren Anfang. Empirische Forschungen haben jedoch ergeben, dass ihre Mitgliederzahl begrenzt war; Angaben über ihre Aktivitäten liegen kaum vor. Nach der Abadan-Erhebung (1963) waren 91,3% der Arbeiter keine eingeschriebenen Mitglieder; 52% hatten keine Kenntnis von solchen Vereinigungen. Die kleine Gruppe der Mitglieder (11,3%) billigte die Aktivitäten dieser Vereinigungen jedoch nicht, da die führenden Funktionäre ihren Erwartungen wenig Interesse entgegenbrachten.<sup>7</sup>

Diese Vereinigungen waren mit der Absicht gegründet worden, eine Ersatzfunktion auszuüben: Gewährung sozialer Unterstützung, die vom Heimatland nur unzureichend geboten wurde, und die Vertretung ihrer Interessen, so dass sie zu einer Art Gewerkschaft wurden. Nach der Abadan-Erhebung erwarteten 35 % der Gastarbeiter von diesen Vereinigungen, dass sie „ihre Rechte schützen“, und 25 %, dass sie sich „für ihre speziellen Interessen einsetzen“. Den türkischen Gastarbeitern, die wegen mangelnder Erfahrung die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft für nutzlos hielten, erschien die Aktivität der Vereinigung als eine Arbeiterinteressen verfechtende Organisation. Die wichtigsten Gründe für einen Nicht-Beitritt zu diesen Vereinigungen in der ersten Etappe der türkischen Auswanderung können wie folgt zusammengefasst werden:

---

7) ABADAN, Nermin, *Batı Almanya'daki Türk İşçileri ve Sorunları* (Die türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Probleme), Ankara, Başbakanlık Mats. DPT yayını, 1964, S. 166. Mit der Zeit hat sich diese Einstellung erheblich geändert. Nach den Statistiken von 1973 war bei den türkischen Arbeitern der höchste Anteil der Mitgliedschaft in Gewerkschaften im Ausland zu verzeichnen. Im Jahre 1976 waren 44% aller türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland einer Gewerkschaft beigetreten. ATSU, Sirri Meti, *Göçün Nedenleri ve Çözümlemeleri*, ÖZGÜR İNSAN, Aralık 1977, S. 41

*Tabelle: Verbreitung von türkischen Arbeitervereinigungen in Europa  
(nach Ländern und Zahlen)*

| <b>Länder</b>                     | <b>1963</b> | <b>1974</b>   |
|-----------------------------------|-------------|---------------|
| <b>Bundesrepublik Deutschland</b> |             |               |
| <i>Berlin</i>                     | —           | 5             |
| <i>Hamburg</i>                    | 2           | 5             |
| <i>Hannover</i>                   | 1           | 8             |
| <i>Essen</i>                      | 2           | 15            |
| <i>Köln</i>                       | 5           | 9             |
| <i>Stuttgart</i>                  | 3           | 24            |
| <i>Nürnberg</i>                   | 1           | 6             |
| <i>München</i>                    | 3           | 15            |
| <i>Frankfurt</i>                  | 2           | 25            |
|                                   | <u>19</u>   | <u>112</u>    |
| <b>Schweiz</b>                    |             |               |
| <i>Bern</i>                       | —           | 3             |
| <i>Zürich</i>                     | —           | 23            |
|                                   |             | <u>26</u>     |
| <b>Österreich</b>                 |             |               |
| <i>Wien</i>                       | —           | $\frac{7}{7}$ |
|                                   |             | <u>7</u>      |
| <b>Belgien</b>                    |             |               |
| <i>Brüssel</i>                    | —           | $\frac{7}{7}$ |
|                                   |             | <u>7</u>      |
| <b>Holland</b>                    |             |               |
| <i>Den Haag</i>                   |             |               |
| <i>Rotterdam</i>                  |             |               |
| <b>Dänemark</b>                   |             |               |
| <i>Kopenhagen</i>                 | —           | $\frac{4}{4}$ |
|                                   |             | <u>4</u>      |

Quellen: Distribution of 1963, ABADAN, N., *Batı Almanya'daki Türk İşçileri*, S. 167  
 Distribution of 1974, GULSUN, I., *Sayılarla yurtdışındaki işçilerimiz ve sorunlarına ait istatistikler*,  
 I.I.B.K., Nr. 111, 1974, S. 59

**a. Moralische Gründe**

Zurückhaltung gegenüber sozialen Aktivitäten

Egozentrische Haltung

Neid, Eifersucht

Mangel an Vertrauen

Unkenntnis der Diskussionsregeln

Unvereinbarkeit persönlicher Forderungen mit sozialen Zielen

**b. Materielle Gründe**

Ungenügende Wirtschaftskennntnisse

Unzweckmässige Verwendung der Einkünfte

Übermässige oder mangelnde Gastfreundlichkeit

Häufiger Wechsel des Sitzes der Vereinigung

Versäumnisse bei der Bearbeitung von Aufnahmeanträgen

Weite Entfernungen, hohe Fahrkosten

Wie ein österreichischer Sozialpsychologe<sup>8</sup> kürzlich festgestellt hat, stossen die Lebensweise einer Subkultur, die einer gewissen Feindseligkeit seitens des vorherrschenden kulturellen Systems ausgesetzt ist, und die verschiedenen Faktoren, die die Identität des Gastarbeiters gefährden, diese in eine selbsterzeugte Isolation. Diese Faktoren mögen erklären, warum nur wenige Gastarbeiter geneigt sind, die vorhandenen sozialen Leistungen und Hilfsangebote voll auszuschöpfen, und es vorziehen, Unterstützung bei den unstrukturierten Systemen ihrer Landsleute zu suchen.

## 2.2 Zunehmende Politisierung der Arbeitervereinigungen

Wie schon im Vorhergehenden festgestellt wurde, bestand die Hauptaufgabe der türkischen Arbeitervereinigungen in der Pflege sozialer Kontakte und der Ausübung bestimmter Arten von heimatbezogener Freizeitbeschäftigung. Als in der Türkei jedoch eine zunehmende politische Polarisierung zu beobachten war, die auch ihren Niederschlag in so auflagenstarken Zeitungen wie „Milliyet“ und „Tercüman“ fand, die in Frankfurt gedruckt werden, wurden die türkischen Arbeitervereinigungen verstärkt mit ideologischen Auseinandersetzungen konfrontiert. Trotz strenger Rechtsvorschriften wurden in einer grossen Zahl dieser Vereinigungen in wachsendem Masse die politischen Auseinandersetzungen ausgetragen. Während die rechtsorientierten Vereinigungen ihre Aktivitäten auf die Wahrung traditioneller Sitten und Werte richteten und sogar Kurse zur religiösen Unterweisung durchführten, sympathisierten die linksgerichteten Vereinigungen mit grösseren militanten Arbeitervereinigungen internationalen Charakters. So wurden z.B. die Berliner Organisationen „Vereinigung für den Kampf gegen den Kommunismus“, „Nationale Front“, „Vereinigung für Nationale Ideale“, „Vereinigung für Koranschulen“ und die Frankfurter „Vereinigung für den Bau und die Förderung der Fatih-Moschee“ zu Zentren rechtsgerichteter Aktivitäten.<sup>9</sup> Die schnelle, aber unkontrollierte Entwicklung religiöser Vereinigungen in der Türkei hatte nicht nur die Gründung einer fanatischen pro-religiösen Partei, der „Nationalen Heilspartei“<sup>10</sup> zur Folge, sondern wirkte auch unmittelbar auf die türkischen Arbeiter im Ausland weiter. Die Verbindung von missionarischem Eifer mit ideologischer Kriegführung scheint das wesentliche Merkmal dieser Vereinigungen zu sein, die in der späteren Phase der türkischen Auswanderung entstanden.

Ein Beispiel vermag diese rasche Entwicklung vielleicht besser zu veranschaulichen: Die in West-Berlin gegründete „Türkische Kulturelle Solidaritäts-Vereinigung“ bemüht sich nicht nur in herkömmlicher missionarischer Weise um die Islamisierung der Deutschen, sondern tritt zudem für „einen zweiten Unabhängigkeitskrieg zur Bekämpfung der Kommunisten, Zionisten, Freimaurerlogen und dgl.“ ein, der von etwa 100 000 „wahren muslimischen Arbeitern und Studenten“ geführt werden sollte<sup>11</sup>

8) PFLEGERL, Siegfried, *Gastarbeiter – zwischen Integration und Abstossung*, Jugend und Volk, Wien, 1977, S. 113

9) Der Weg ins Paradies: Töten, *Der Gewerkschafter*, IG Metall, Dez. 1975

10) ABADAN-UNAT, Nermin u. YÜCEKÖK, Ahmet N., *Religious Pluralism in Turkey*, *The Turkish Yearbook of International Relations*, 1970

11) LANDAU, Jacob, *Radical Politics in Modern Turkey*, Leiden, E.J. Brill, 1974. S. 240–41

Als Antwort auf solche Auswüchse halbpolitischer Vereinigungen bildeten eine beträchtliche Zahl türkischer Arbeitervereinigungen, die anfangs weitgehend unpolitisch waren, Förderationen als Gegengewicht gegen die zunehmend militanten Aktionen und Drohungen dieser ideologischen und religiösen Gruppierungen. So wurde die FIDEF (Föderation Türkischer Arbeitervereinigungen in der Bundesrepublik Deutschland) im August 1977 in Düsseldorf geründet.<sup>12</sup> Eines der Ziele dieser Förderung ist, „die Menschenrechte im Namen aller türkischen Gastarbeiter zu verteidigen und sich mit den demokratischen Kräften in der Türkei solidarisch zu erklären.“ Ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Kooperation war die Einberufung eines „Türkischen Arbeiterkongresses“ im Februar 1977 in Düsseldorf. Etwa 43 Arbeitervereinigungen aus der Bundesrepublik, Norwegen, Dänemark, Belgien, Holland und Schweden schlossen sich zu den „Europäischen Förderationen Türkischer Sozialisten“ zusammen.<sup>13</sup>

Hervorzuheben vom Düsseldorfer Kongress sind insbesondere die Forderung nach Wahlrecht bei Gemeinde- und Parlamentswahlen sowie nach dem Recht auf Wählbarkeit. Diese Forderungen stimmten nicht mit der Politik der grössten Gewerkschaftsorganisation der Bundesrepublik, des Deutschen Gewerkschaftsbundes, überein. Der DGB akzeptiert für Gastarbeiter nur das Wahlrecht für ein supranationales europäisches Parlament. Eine Ausweitung der politischen Rechte der Gastarbeiter würde nach Ansicht des DGB nur zur Folge haben, dass politische Konflikte des Heimatlandes auf das Gastland übertragen würden. Aus dem zu beobachtenden Trend kann geschlossen werden, dass mit der fortdauernden Beschäftigung von Gastarbeitern in Europa und deren Neuorientierung hinsichtlich ihrer Zukunftspläne eine deutliche Resozialisierung stattgefunden hat, die sich in einer aktiveren politischen Betätigung manifestiert. Die zentrale zur Diskussion anstehende Frage scheint zu sein, wie lange die Gastarbeiter in Europa oder anderswo bevorzundet werden können. Die Stärke des politischen Interesses wird deutlich, wenn man Beispiele wie die Gründung von nationalen politischen Tochterparteien im Ausland analysiert.

### *2.3 Über die Landesgrenzen hinausgehende Aktivitäten politischer Parteien*

Die zunehmende politische Aktivität der türkischen Gastarbeiter bekam weiteren Auftrieb durch die Tatsache, dass eine der kleinsten türkischen Parteien, die „Nationale Aktionspartei“, die einen apokalyptischen Mythos vertritt und die Vereinigung von 100 Millionen Türken innerhalb der gegenwärtigen Grenzen der Türkei anstrebt, ihre Aktivitäten über die nationalen Grenzen hinaus ausweitete. Die als „faschistische Zentrumspartei“<sup>14</sup> bezeichnete Partei NAP erhielt 3,2% der Stimmen bei den Nachwahlen 1975 und 3,5% bei den Parlamentswahlen 1977 und wurde ein Koalitionspartner in der zweiten

---

12) FIDEF, Tüzük, Fidef Yayınları Nr. 1, Düsseldorf, 1977, S. 3

13) Kritischer Bericht von zwei Angehörigen der DGB-Führung, Türkischer Arbeiterkongress, Polit-Ausländer wirbeln durch die Bundesrepublik, *Welt der Arbeit*, Nr. 11, 18.3.1977. Erwiderung der FIDEF, *Welt der Arbeit*, 19.4.1977. Wohlwollender Kommentar: Werner ALBERTS, Westdeutscher Rundfunk III, Forum West, 22.2.1977

14) LANDAU, Jacob, op. cit., S. 210

Regierung der „Nationalen Front“ unter S. Demirel. Diese Partei gründete am 9. April 1973 in Kempten eine Tochterpartei gemäss Artikel 19 des deutschen Parteiengesetzes, die wiederum sechs autonome Sektionen in Berlin, Hannover, Köln, Mannheim, München und Stuttgart gründete. Die Mitgliederzahl wurde auf 3000 geschätzt. Bei einer parlamentarischen Anfrage im Bundestag stellte der Staatssekretär des Innenministeriums fest, dass es sich bei der „Nationalen Aktionspartei“ (MHP) um eine eindeutig rechtsgerichtete nationalistische Partei handelt. Die Mitglieder der Nachwuchsorganisation erhalten in der Türkei eine paramilitärische Ausbildung. Diese Kommandos, die als „graue Wölfe“ bezeichnet werden, verschärften die politische Polarisierung in der Türkei beträchtlich. Ihre wesentliche Tätigkeit in der Bundesrepublik bestand in der Anwerbung türkischer Gastarbeiter.<sup>15</sup> Nach massiver Kritik in der deutschen und türkischen Presse wurden die Tochterparteien der NAP im November 1976 aufgelöst.

Dieses interessante Beispiel mag die deutliche Tendenz zur Umwandlung der Vereinigungen in politische Organisationen veranschaulichen. Offensichtlich wird der Wunsch nach politischer Betätigung durch die Anwesenheit grosser Kontingente von ausländischen Arbeitern in einem Land mit einer pluralistischen Struktur und dynamischen öffentlichen Meinung gefördert. Sobald die Gastarbeiter das Recht zur Mitarbeit in Betriebsräten und lokalen Arbeiterräten erhalten und erkennen, dass sie eine einflussreiche Minderheit darstellen, und danach trachten, politische Empfehlungen in die Tat umzusetzen, werden sie ihre Aktivität in den Vereinigungen und/oder politischen Parteien zur Artikulierung ihrer Interessen nutzen.

#### *2.4 Wahlrecht für Bürger, die im Ausland wohnhaft sind*

Die fortgesetzten politischen Diskussionen über die erweiterten Aktivitäten der politischen Parteien und Arbeitervereinigungen im Ausland liessen die Frage nach der Gewährung des Wahlrechts für türkische Bürger, selbst wenn sie keinen festen Wohnsitz in der Türkei hatten, wieder aufleben. Diese Forderung wurde von der „Republikanischen Volkspartei“ seit 1969 stark unterstützt und auch in den Paragraphen 109 über das Koalitionsabkommen für die erste Koalitionsregierung der „Nationalen Front“ von 1973 bis 1977 aufgenommen, wonach „alle Türken, die das 18. Lebensjahr vollendet haben (mit Ausnahme der Lise-Schüler), und die im Ausland lebenden Türken“<sup>16</sup> das Wahlrecht erhalten sollen. Da die Zusage nicht rechtskräftig wurde, führte diese Frage zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Parteien während des Wahlkampfs für die Parlamentswahl 1977. Nach der Wahl wurde im Dezember 1977 eine Gesetzesvorlage gleichen Inhalts eingebracht. Diese Vorlage des Abgeordneten von Trabzon, Rahmi Kumas, und von zehn Mitgliedern des Parlaments sieht ein Verfahren vor, das weder auf der Wahl per Brief noch per Stellvertreter beruht, sondern auf der Aufstellung von Wahlzellen in Konsulaten von Städten mit grösserer Konzentration türkischer Bürger. Die beiden üblichsten Verfahren für die Stimmabgabe bei Abwesenheit sind, wie allgemein bekannt, die Briefwahl und die Wahl durch Stellvertreter. In Australien, Dänemark, der Bundesrepublik Deutschland, Schwe-

---

15) *Deutscher Bundestag*, 7. Wahlperiode, 229. Sitzung, 17.3. 1976, S. 15 974

16) *Graue Wölfe*, *Der Spiegel*, 23.8.1976; *Millî Gazete*, 26.1.1974

den, den USA und Grossbritannien wird die Briefwahl angewandt; in Japan, Monaco, Jugoslawien, der Schweiz und in einigen Fällen auch in Grossbritannien wird die Wahl mittels Stellvertreter durchgeführt. Die Wahl durch Stellvertreter ist jedoch häufig auf bestimmte Bevölkerungsgruppen beschränkt, wie Analphabeten, Angehörige der Armee usw.<sup>17</sup>

Der türkische Vorschlag, wenn er Gesetzeskraft erhält, würde durch die Einrichtung von Wahllokalen im Ausland und die Inanspruchnahme der Hilfe der Justiz für die Aufstellung der Wählerlisten, während die Verantwortung für die Durchführung des Wahlverhaltens den Konsulaten obliegen würde, eine Novität darstellen.<sup>18</sup>

In der Gesetzesvorlage von Rahmi Kumas heisst es, dass „die Gewährung des Wahlrechts für im Ausland lebende Türken nicht nur die durch das Verhältniswahlrecht geschaffenen Verzerrungen ausgleichen, sondern auch einer politischen Partei die Möglichkeit geben würde, an die Macht zu gelangen, ohne auf einen Koalitionspartner angewiesen zu sein.“<sup>19</sup>

Die Frage der Zugestehung von politischen Rechten für türkische Staatsbürger, die im Ausland leben, bleibt zunächst eine Forderung aller grösseren türkischen Parteien. Andererseits haben die türkischen Auswanderer, die sich in dieser oder jener Weise in der Verbandsarbeit engagiert haben, wiederholt die Gewährung des aktiven und passiven Wahlrechts auf Gemeinde- und Länderebene gefordert.<sup>20</sup>

Diese Forderung wurde auch bei fast allen internationalen Konferenzen über die besonderen Probleme der Gastarbeiter erörtert.<sup>21</sup>

Interessanterweise kommt der stärkste Widerstand von den mächtigen Gewerkschaften, die nicht bereit sind, sich für die politischen Rechte der Gastarbeiter einzusetzen. Nach Ansicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes sollte das Recht zur Wählbarkeit in die Betriebsräte als ausreichend betrachtet werden. Die Entwicklung in den letzten 25 Jahren zeigt jedoch eindeutig, dass der Ausbeutung der Gastarbeiter durch die Beseitigung des Vormundschaftssystems, das diese Arbeitergruppe zu politischer Apathie verdammt, ein Ende gesetzt werden kann.<sup>22</sup> Dies ist auch der wichtigste Grund, weshalb die Ergebnisse des schwedischen Modells, das auf Gemeindeebene die völlig freie politische Betätigung gestattet, gründlich ausgewertet werden sollten. Das gleiche gilt für das belgische Experiment mit den Arbeiterräten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die politische Resozialisierung der Gastarbeiter, die gezwungen sind, unter einem System der politischen Entrechtung zu leben, in zwei entgegengesetzten Richtungen verlaufen kann:

---

17) SMITH, Constance E., *Voting and Election Laws*, New York, S. 53

18) KARAMUSTAFAOĞLU, Tuncer, Yurt Dışındaki İşçilerimizin Seçme Hakları, *A.Ü. Hukuk Fakültesi Dergisi*, Cilt XXIV, 1968, S. 102–103

19) Gesetzesvorlage von M.P. Rahmi KUMAS (Trabzon) und zehn Parlamentsmitgliedern, (2/388)

20) KARAHASAN, Yılmaz, Ausländische Arbeiter in der Gesellschaft der BRD, Vortrag auf dem Gastarbeiter-Kongress in Bochum, 27.6.1975

21) NIKOLINAKOS, Marios, Die Dritte Welt unter uns: zur politischen Organisation der Gastarbeiter, *Die Dritte Welt*, Nr. 1, 1973, S. 88

22) *Migrants in Europe – Plight and Prospect*, A Report of the First Pan-European Conference of Migrant Workers, Wageningen, 22.–24. Nov. 1974

Entweder verfallen die Gastarbeiter in einen Zustand völligen politischen Desinteresses oder ihr politisches Bewusstsein wächst und sucht nach „Puffer“-Institutionen für die Erfüllung ihrer Aspirationen.

### *3. Der Einfluss der Aussenwanderung auf das politische Leben in der Türkei*

#### *3.1 Die Aussenwanderung und die wichtigsten Parteien in der Türkei*

Das politische System des osmanischen Reiches begünstigte eher die Eroberung neuer Gebiete als die einzelne oder kollektive Ansiedlung grösserer Bevölkerungsteile in Ländern ausserhalb der Reichsgrenzen. Dies mag einer der Gründe dafür sein, dass der türkische Durchschnittsbürger noch Anfang der 50er Jahre wenig Neigung zeigte, ins Ausland zu gehen.<sup>23</sup> Der Wendepunkt fiel mit der Verkündung der neuen Verfassung zusammen. Das Recht, ins Ausland zu reisen, und die neuen Massnahmen bezüglich des „Exports des Arbeitskräfteüberschusses“ führten plötzlich zu einem grossen Auswanderungsstrom. Diese Massnahmen mit dem Ziel der Verminderung des Aussenhandelsdefizits und der hohen Arbeitslosigkeit brachten in die politische Landschaft der Türkei ein neues Element einer Pressure Group, die danach trachtete, an der Gestaltung der Politik, an den Vertragsabschlüssen und der Verwendung der Mittel mitzuwirken.

Besonders in den 70er Jahren, als die öffentliche Meinung den Gastarbeiterproblemen gegenüber aufgeschlossener wurde, wetteiferten neben der Regierung die politischen Parteien, Gewerkschaften und Handelskammern, Banken und Forschungsinstitute miteinander in der Ausarbeitung von Programmen für eine produktivere Verwendung der Arbeiterersparnisse und die Durchführung geeigneter Investitionsprojekte. Industrialisierung mit Hilfe von Gastarbeiterkapital und Regionalentwicklung nach den Präferenzen der Gastarbeiter wurden zu ständigen Gesprächsthemen. Während es unterschiedliche Meinungen über die auszuwählenden Investitionsbereiche gibt, sind sich alle Seiten über die dringliche Notwendigkeit von staatlichen Bürgschaften für Arbeiterunternehmen einig.<sup>24</sup> Zu den Fragen, die alle politischen Parteien und bedeutenden Wirtschaftsinstitutionen interessieren, zählen:

- a. Durchsetzung der Freizügigkeit von Arbeitern in Europa;
- b. Beschleunigung der türkischen Industrialisierung durch Verwendung der Gastarbeiterüberweisungen;
- c. Gründung einer Arbeiter-Investitionsbank;
- d. Vorrangige Bedeutung der Ausbildung von Gastarbeiterkindern und der Schulungsmöglichkeiten für die Arbeiter selbst.

Neben diesen Gemeinsamkeiten gibt es natürlich auch erhebliche Meinungsunterschiede zwischen den türkischen politischen Parteien bezüglich der Behandlung der Gastarbeiterprobleme. Die intensiven Bemühungen, die pluralistische Struktur der Türkei mit ihrer wirtschaftlichen Entwicklung in Einklang zu bringen, lassen sich vielleicht am besten beschreiben, indem man kurz auf die allgemeinen politischen Entwicklungslinien des Landes seit dem

---

23) LERNER, Daniel, *The Passing of Traditional Society*, The Free Press, 1958, S. 144

24) ABADAN-UNAT, N. et al., *Migration and Development*, S. 83

Übergang zum Mehrparteiensystem eingeht. Ohne Zweifel ist das hervortretendste Kennzeichen der politischen Szene in der Türkei die zunehmende Tendenz zu ideologischen Auseinandersetzungen.<sup>25</sup>

Da alle rechtsgerichteten Parteien von dem Wunsch nach Entstehung einer kräftigen Privatwirtschaft getragen werden, wurde der Art und Weise der Verwendung der Überweisungen besondere Bedeutung beigemessen. Die „Gerechtigkeitspartei“ (AP), die eine Zusammenarbeit mit internationalen Finanzzentren befürwortet, setzt sich für die Förderung der bedeutendsten Industriezweige, wie der Rüstungsindustrie, und für eine Fusionierung der staatlichen Betriebe mit den Arbeiterunternehmen ein, um sie in grosse Holdinggesellschaften umzuwandeln. Diese Partei möchte die Beteiligung der Arbeiter nur auf den Aktienwerb beschränkt sehen, ihnen jedoch keine Entscheidungsbefugnisse übertragen. Die „Nationale Heilspartei“ (MSP) ist zwar gegen jede Art ausländischen Kapitals, akzeptiert aber den Beitrag von Gastarbeitern zu neuen Grossunternehmen. Diese Partei würde es vorziehen, neue Geldquellen zugunsten einer Dezentralisierung der nationalen Industrie zu erschliessen.<sup>26</sup>

Die „Republikanische Volkspartei“ (CHP), die nach dem Vorbild sozialdemokratischer Parteien in Europa gebildet wurde, verfolgt unterschiedliche Ziele. Ihr Bestreben ist es, möglichst viele Gastarbeiter dazu zu bewegen, ihre Ersparnisse in Genossenschaften und Arbeiterunternehmen zu investieren. Sie trachtet danach, ein neues Experiment im türkischen Wirtschaftsleben zu verwirklichen: den Volksektor, ein Versuch, der viele Produzenten und Arbeiter in die Lage versetzen soll, sich wirtschaftlich an autonomen Körperschaften ohne die Vermittlung der Staatsbürokratie zu beteiligen.

Das Hauptanliegen der „Republikanischen Volkspartei“ (CHP) ist die Umlenkung der Gastarbeiterüberweisungen von Konsumartikeln und unproduktiven Investitionen zu neuen Arbeitsplätze-schaffenden Genossenschaftsformen, die Verwendung der Überweisungen für dringende Importe wie Düngemittel usw., die Ermunterung der Gastarbeiter zur Nutzung aller im Ausland gebotenen Schulungsmöglichkeiten und die Neuregelung der Ausbildung von Gastarbeiterkindern.

Die traditionsverhaftete proislamische „Nationale Heilspartei“ (MSP) beklagt das mangelnde Interesse an der Ausarbeitung einer nationalen Migrationspolitik und hebt die vorrangige Bedeutung der religiösen Erziehung und moralischen Unterstützung der Gastarbeiter hervor.

Die „Nationale Aktionspartei“ (MHP) – nationalistisch und extrem rechts – wendet sich gegen die weitere Entsendung gelernter Arbeitskräfte und kritisiert die Inflationswirkung der Überweisungen.

Jede Regierung seit 1969 hat in ihrem Programm die Gastarbeiterfrage berücksichtigt. Eine Ausnahme bilden die Regierungen von 1971 bis 1973 und die Militärherrschaft, die sich kaum für langfristige Programme und die Ausarbeitung einer nationalen Migrationspolitik einsetzten. Der intensive Wahlkampf für die Parlamentswahlen im Oktober 1973 führte die Öffentlichkeit jedoch systematisch an die wichtigsten Probleme der türkischen Auswanderer

---

25) SUNAR, Ilkay, *State and Society in the Politics of Turkey's Development*, SBF Nr. 377, Ankara 1974, S. 183

26) Wie Jacob LANDAU es so richtig ausgedrückt hat, "all the while particularly caring for the little man", LANDAU, J., *The National Salvation Party in Turkey*, *Asian and African Studies*, Bd. II, Nr. 1, 1976, S. 55

heran. Seit 1973 weiteten sich bei allen Parlamentswahlen und sogar bei den nationalen Gemeindewahlen die politischen Debatten über die Landesgrenze hinaus aus. Wie bereits erwähnt, führten alle grösseren politischen Parteien organisierte Reisen nach europäischen Grossstädten durch, in der Hoffnung, dass ihre Forderungen und Versprechungen Resonanz finden und die Wahl der in der Heimat verbliebenen Familienmitglieder beeinflussen würden.<sup>27</sup>

Eine kurze Analyse der verschiedenen Plattformen der wichtigsten politischen Parteien, die der Öffentlichkeit bei den Parlamentswahlen von 1973 und 1977 und den Nachwahlen von 1975 vorgestellt wurden, dürfte die wesentlichsten Divergenzen aufzeige, die auch heute noch bestimmend sind. Die drei wichtigsten Streitfragen sind nach wie vor:

- a. Die Ausweitung des Wahlrechts auf die Gastarbeiter bzw. deren Ausschluss vom Wahlrecht;
- b. Die Geschäftsform der kürzlich gegründete Arbeiter-Investitionsbank: eine Bank herkömmlicher klassischer Art bzw. eine Bank mit Arbeitnehmer-Repräsentanz und -Beteiligung am Management;
- c. Die Verwendung der Gastarbeiterersparnisse: für Grossprojekte wie Brückenbau und Rüstungsaufträge bzw. für regional ausgerichtete, dezentralisierte Industrieunternehmen bescheidenen Umfangs und für einzelne Handwerksbetriebe.

Die Erfahrungen haben gezeigt – dies lässt sich zusammenfassend sagen –, dass das Fehlen klar abgesteckter und von allen Parteien getragener Ziele bezüglich der türkischen Migration zu einer Vielfalt von Vorschlägen führte, die jeweils von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und politischen Parteien verfochten wurden. Dennoch übt die Existenz einer grossen im Ausland befindlichen potentiellen Wählerschaft weiterhin einen „nicht-repräsentativen“ Einfluss auf das politische Leben in Form wirksamer politischer Anstösse aus.

### 3.2 Die Aussewanderung und die Politiker

Jedes politische System wird gleichermassen beeinflusst von den Anstössen, die es erhält, und den Ergebnissen seiner Tätigkeit. Die neue Dimension im politischen Leben der Türkei, die sich durch die Wechselbeziehung zwischen Gruppen der Gastarbeiter und ihren zurückgebliebenen Familienangehörigen herausbildete, wirkte sich u.a. auf das Verhältnis zwischen den Kommunalpolitikern und ihrer Anhängerschaft aus. Eine der wichtigsten Aufgaben der modernen politischen Parteien, nämlich auf Integration der Interessen hinzuwirken,<sup>28</sup> erlangte in dieser Hinsicht neue Dimensionen.

In Wahlkreisen mit hoher Migrationsrate hat sich ein neuer politischer Stil herausgebildet. Die Politiker solcher Regionen müssen sowohl die Bedürfnisse des lokalen Bereichs als auch der Wählerschaft mit Verbindungen zu Angehörigen im Ausland berücksichtigen. Eine ähnliche Entwicklung wie im Ausland, zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland, wo die Arbeitervereinigungen mit der Zeit die Funktionen von Gewerkschaften und später

---

27) ABADAN-UNAT, Nermin et al., op. cit., S. 59

28) ALMOND, Gabriel A., Introduction: A Functional Approach to Comparative Politics, ALMOND, G.A., COLEMAN, J.S. (Eds.), *The Politics of Developing Areas*, Princeton University Press, S. 31–32

von politischen Parteien übernehmen, vollzog sich auch in der Türkei. Wegen des Mangels an gut koordinierten, zielgerichteten Organisationen wurden einzelne politische Persönlichkeiten, die das Produkt einer politischen Maschinerie sind, zu Interessenvertretern für eine grosse Gruppe von Personen, die sich als Unternehmer oder Investoren ausgaben.

Diese Tendenz zeigt einen weiteren wichtigen Trend auf. Von verschiedenen Sozialisierungsmustern im Ausland kann gesagt werden, dass sie die politischen Werte eines beträchtlichen Teils der türkischen Wählerschaft verändern. Die Ziele der einheimischen Arbeiter decken sich nicht mehr mit denen der rd. 800 000 nicht-wahlberechtigten türkischen Arbeitnehmer im Ausland.

Da eine umfassende nationale Migrationspolitik fehlt, haben die kommunalen Politiker Funktionen übernommen, die sie im Namen der Gastarbeiter ausüben. Sie spielen jetzt häufig eine entscheidende Rolle bei Investitionsentscheidungen. Hin- und hergerissen zwischen kommunalen und nationalen Belangen sehen sich die Kommunalpolitiker jedoch leicht in eine dysfunktionale Situation gedrängt.

Die traditionell langsamen Reaktionen der Institutionen auf kommunale Wirtschaftsinitiativen haben neue Funktionen innerhalb politischer Parteien geschaffen. Wahlen, die unter dem Thema der Förderung ländlicher Gebiete standen, führten die Kommunalpolitiker zunehmend an Aufgaben der Planung, Finanzierung und personellen Besetzung verschiedener Investitionsprojekte heran. Manche Politiker begannen sich kurzerhand als Makler für Gastarbeiterinvestitionen zu betätigen. Aufgrund der unvorhersehbaren Nachfrage nach türkischen Arbeitskräften wird diese Maklertätigkeit jedoch mehr vorübergehender Natur sein.

Die Bereitwilligkeit der Gastarbeiter, bestimmte politische Parteien durch beträchtliche Spenden zu unterstützen, hat dazu beigetragen, dass Kommunalpolitiker eine Vermittlerrolle zwischen Investoren und staatlichen Behörden übernommen haben. Die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland kommt vor allem solchen Parteien zugute, die sich verstärkt für die Probleme der Arbeiterschaft insgesamt einsetzen. Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass sich mit der zunehmenden Beachtung der Gastarbeiterbelange durch die Kommunalpolitiker auch ein wachsendes Klassenbewußtsein entwickelt.

Zusammenfassend lässt sich unschwer eine Typologie der Kommunalpolitiker aus Regionen mit hoher Abwanderungsrate nach folgenden Merkmalen entwickeln:

a. Berater und Sprecher für türkische Arbeiter im Ausland.

Diese Art von Kommunalpolitikern ergreift selbst keine wichtigen Initiativen, sondern wirkt eher als Vertreter für neue Pressure Groups.

b. Vermittler zwischen dem privaten Sektor und der Regierung.

Dieser zweite Typ eines Kommunalpolitikers stellt eine Person dar, die eine Ersatzfunktion ausübt, nämlich die Funktion eines Politikers mit ausgedehnten Kontakten und weitreichendem Einfluss; er führt damit ein desintegrierendes Element in die Planungspolitik ein.

c. Makler für umfangreiche Kapitalinvestitionen und Kredite.<sup>29</sup>

Insbesondere dieser Politikertyp wird in nächster Zukunft eine entscheidende Rolle bei der Frage spielen, ob die Industrialisierungspläne der Türkei durch eine leistungsfähige, kapitalkräftige Mittelschicht, also kurz gesagt

---

29) ABADAN-UNAT, Nermin et al., op. cit., S. 89–91

durch den „Handelskapitalismus“, oder mit Hilfe des Volkssektors erreicht werden. Sollten die mit der Entwicklung verbundenen Probleme in einer Wirtschaftsordnung, in der ein „peripherer Kapitalismus“ vorherrscht, jedoch in den Vordergrund treten,<sup>30</sup> ist mit einer nachfolgenden gründlichen Umgestaltung der politischen Verbindungen zu rechnen, wie Leo van Velzen richtig ausgeführt hat. Die Gastarbeiterüberweisungen und die Kräfte, die an der Investitionslenkung dieser Mittel mitwirken, üben einen recht bedeutsamen Einfluss auf die verschiedenen Ebenen der Kommunalpolitik der Türkei aus.

#### 4. Schlussbemerkung

Im Rahmen dieses Artikels wurden die im Wandel begriffenen Wechselbeziehungen in verschiedenen Bereichen des sozialen und politischen Lebens der türkischen Gastarbeiter und der sozialen Struktur im Heimatland untersucht. Die Ergebnisse können unter drei Hauptüberschriften zusammengefasst werden:

##### a. Die Auswirkung der Migration auf die soziale Struktur

Das Fehlen einer klaren und beständigen nationalen Migrationspolitik sowie eine stete Verwirklichung der wichtigsten Ziele der Fünfjahrespläne haben, gemeinsam mit einer starken Motivation zu grösserer sozialer Mobilität seitens der Gastarbeiter, das Verhalten der Gastarbeiter entscheidend beeinflusst, egal, ob sie sich vorübergehend im Ausland niedergelassen haben oder endgültig in die Heimat zurückgekehrt sind, um sich als Unternehmer von kleinen und mittleren Betrieben selbständig zu machen. Die Rückkehrer entscheiden sich vornehmlich für den Dienstleistungssektor, anstatt ihre neuerworbenen Fertigkeiten und Erfahrungen in der Industrie zu nutzen. Durch diese Tatsache wurden neue Wertgesichtspunkte wie Statusunvereinbarkeit und peripherer Kapitalismus in die Rangordnung des sozialen Systems der Türkei hineingetragen. Dieser Prozess führt u.a. natürlich zu politischen Rückwirkungen sowohl durch politische Parteien als auch durch Pressure Groups.

##### b. Zunehmende Politisierung der Arbeitervereinigungen

Die entfremdenden Arbeitsbedingungen und das apolitische Sozialisierungsmuster der Gastarbeiter haben im Verlauf der Zeit eine beträchtliche Zahl von ihnen zu erhöhter Verbandsaktivität veranlasst. Die Arbeitervereinigungen, die ursprünglich gegründet worden waren, um die Solidarität unter den Gastarbeitern zu fördern und die Anpassung zu erleichtern, begannen allmählich Pseudo-Funktionen zu übernehmen. Sie dienen jetzt als Interessenhort und können als Quasi-Gewerkschaften betrachtet werden. Im Zuge der ideologischen Polarisierung im Heimatland haben sich einige dieser Vereinigungen in Ersatzorganisationen politischer Parteien umgewandelt.

---

30) VAN VELZEN, Leo, *Peripheral Production in Kayseri-Turkey, A Study of Prospects for Industrialization Arising from Small and Middlescale Enterprises in a Peripheral Growth Pole*, Ankara, Ajanstürk 1977, S. 187–188

### *c. Interdependenzen zwischen Kommunalpolitikern und Gastarbeitern*

Die allgemeine Vorenthaltung des Rechts zu wählen und gewählt zu werden in Mitteleuropa, hat bei der Mehrheit der Gastarbeiter politisches Desinteresse und bei einer Minderheit von ihnen ein extremes politisches Bewusstsein und starke Aktivität hervorgerufen. Das Fehlen einer einheitlichen nationalen Migrationspolitik ist eine Quelle für Zwistigkeiten zwischen den politischen Parteien geworden. Unkoordinierte Entwicklungsmassnahmen schaffen auf lokaler Ebene einen neuen Typ von Politikern mit einem besonderen Status. Diese spontane Entwicklung hat jedoch einen wichtigen strukturellen Wandel eingeleitet. Das Aufeinandertreffen zweier unterschiedlicher politischer Strukturen, der Bürokratie und des ländlichen Gemeinwesens, hat deren „Verschmelzung“ auf der Ebene der Kommunalpolitik zur Folge gehabt.